

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abohmentpreis monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M. — Rep. und Versammlungskosten pro Seite 25 P. — Geschäftskosten werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Hanemann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wimelhäuser Straße 38–42, Telefon-Nr. 98 u. 89. Teleg. Adr.: Altvorstand Bochum.

Bergmann schütze dich!

Der Bericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft für das Jahr 1917 predigt eindringlich die Notwendigkeit eines besseren BergarbeiterSchutzes. Nur wir auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges so ungeheuerliche Menschenverluste haben, sind wir erst recht gezwungen, sparsam mit unseren Arbeitskräften umzugehen. Der Bericht der bergmännischen Unfallberufsgenossenschaft beweist, daß dies nicht geschieht.

Selbst in dem Jahre, wo das große Radbodungslüd geschah — 1908, es tötete 348 Menschen — wurden im deutschen Bergbau von 1000 Beschäftigten „nur“ 2,64 durch Betriebsunfälle getötet. Im Jahre 1917 sind aber von 1000 Beschäftigten 3,69 getötet worden! Damit haben wir sogar die amerikanische Betriebsunfallziffer überschritten, die wir oft als Warnungszeichen vorhoben.

Indessen handelt es sich bei uns nicht einmal um die vollständige Todesziffer. Nur noch die „entschädigungspflichtigen“ Unfälle, also nur solche, für welche „Rente“ festgesetzt werden sind, werden seit 1914 veröffentlicht. Wie viele Unfälle überhaupt angemeldet wurden, das ist nach den letzten Berichten der Berufsgenossenschaft nicht mehr zu kontrollieren. Dadurch wird die Betriebssicherheit gewiß nicht erhöht.

Außer den 770 510 gegen Unfallfolgen „Versicherten“ waren 1917 auch 162 085 Kriegsgefangene in den Bergbaubetrieben beschäftigt; sie unterliegen nicht der „Versicherung“, und bleiben darum auch die auf sie entfallenden Betriebsunfälle in der Berufsgenossenschaftsstatistik ganzlich außer Betracht.

Wenn wir die in den letzten drei Friedensjahren „gemeldeten“ Unfälle im Vergleich mit den „entschädigten“ stellen, und das entsprechende Verhältnis auf das Jahr 1917 übertragen, so finden wir, daß in diesem Jahre mindestens 138 000 Betriebsunfälle angemeldet worden sind. Nun vergleichen wir: 1913: 133 710 angemeldete Unfälle, gleich 1,15 pro 1000 Versicherte; 1917: 138 000 angemeldete Unfälle, gleich 1,77 pro 1000 Versicherte.

Das ist eine erschreckende Vermehrung der Betriebsunfälle. Beschränken wir uns auf die Unfälle, für die „Entschädigung“ festgesetzt worden ist, dann kommen wir zu folgendem Resultat:

Unfälle	davon tödliche		Anzahl
	total	pro 1000	
total	versch.	versch.	versch.
1913	13 763	14,97	2121
1914	12 672	15,06	1952
1915	10 374	15,60	1852
1916	11 689	16,54	2156
1917	13 734	17,66	2874

Der Blutstrom im deutschen Bergbau ist niemals so hoch angeschwollen, wie in dem Jahre 1917! Nehmen wir die 1917 nicht-entschädigten Todesfälle zu den „entschädigten“, dann kommen wir zu der unerhörten Todesziffer von 3000!

Ein besonders trauriges Kapitel ist die unglaubliche Vermehrung der Betriebsunfälle jugendlicher und weiblicher Arbeiter während des Krieges. „Entschädigte“ Unfälle erlitten:

	1913	1914	1915	1916	1917
Jugendliche Arbeiter	225	250	583	618	618
Weibliche Arbeiter	70	48	97	247	425
Zusammen	295	298	680	865	1043

Das darf nicht so weiter gehen! Die gewerkschaftliche Forderung nach besserem Schutz der schwächeren Arbeitskräfte, Verbot der Beschäftigung von jugendlichen und weiblichen Arbeitern an gesundheits- und lebensgefährlichen Betriebspunkten wird durch die Unfallstatistik in aufsichtshafter Weise begründet. Ging es noch gewissen Unternehmengruppen, dann würden weibliche Arbeiter auch unterirdisch beschäftigt. Der entschiedenste Protest der gewerkschaftlichen Organisationen hat wenigstens dieses Unheil verhindert.

Unbeschreibliches Leid ist in tausende Familien hineingetragen. Infolge der tödlichen Verunglücksungen im Bergbau gab es

1917:	2070 Witwen,	5481 Waisen
1916:	1507	4169
1915:	1220	8411

die ihres sorgenden Ernährers beraubt wurden. Die festgesetzten „Rente“ sind weitestem nicht ausreichend, um die Hinterbliebenen vor quälender Not zu schützen.

Das darf so nicht weiter gehen! Bitter notwendig hat unsere Volkswirtschaft die Arbeitskräfte. Den Familien müssen die Ernährer erhalten bleiben. Den Betrieben wird es immer schwieriger, die notwendigen Kohlen, Erz und Salze zu liefern.

Lohnfrage und Arbeiterauschüsse.

Auf den meisten Gebieten haben die Verhandlungen in der Lohnfrage stattgefunden. Wo dies noch nicht gesieht, müssen die Belegschaftsmitglieder den Arbeiterausschüssen drängen, daß er so bald als möglich die Einberufung einer Sitzung verlangt, um mit der Bechenervertretung über die Lohnforderung zu verhandeln. Aus den Berichten der Arbeiterausschüsse, die bisher zu unserer Kenntnis gelangten, geht hervor, daß sich die Werksbesitzer auf die Zuschrift des Ministers für Handel und Gewerbe vom 13. August stützen und sich weigern, weiter entgegenzukommen, obwohl die Werksgewinne es ermöglichen. Nur dem Zwang gehorchen, nicht dem eigenen Triebe, lassen die Werksbesitzer die Kohnerhöhungen eintreten. So wurde die Klaue in dem Schreiben des Ministers, daß die Löhne bis Ende 1918 im gleichen Tempo steigen sollen wie im Jahre 1917 und im 1. Quartal 1918, unter der Voraussetzung, daß nicht außergewöhnliche Ereignisse, besonders Störung durch Wagnemangel, Rückgang der Leistung, gegenüber dem Vorjahr eintreten, von den Werksvertretern in den Verhandlungen mit dem Arbeiterausschüsse auf vielen Gebieten besonders hervorgehoben. Anerkannt muß aber auch werden, daß einzelne Werksvertreter sich den Einwürfen der Arbeiterausschüsse nicht verschließen konnten und

Tod und Verstümmelung durch sich schrecklich häufende Betriebsunfälle reißen große Lücken in die Belegschaften.

Kein Zweifel, die sich verschlechternde Ernährung, namentlich der zunehmende Mangel an fetthaftiger Nahrung vermindert die Arbeitskräfte, macht die Belegschaften widerstandsfähiger gegen die Betriebsgefahren. Hier muß hellsichtig eingegriffen werden; es kann geschehen, denn es gibt noch immer viele Volkschichten, vorzüglich in den landwirtschaftlichen Bezirken, die sich unvergleichlich besser ernähren, als die Arbeiter in den großindustriellen Betrieben. Es muß hier ein besserer Ausgleich geschaffen werden, wenn eine unabsehbare Katastrophe verhütet werden soll. Auch in den Preisen für die wichtigsten Bedarfssortikel muß Änderung eintreten. Das fortgesetzte Geschreibsel über die „hohen Bergarbeiterlöhne“ veranlaßt die Landwirte und Händler, immer höher mit ihren Preisen hinaufzugehen. Die Kriegsgewinner, bei denen „Geld keine Rolle spielt“, deden sich ein um jeden Preis. Der Arbeiter kann da nicht mit. Seine Arbeitskraft schwindet daher, aber seine Leistung soll nicht sinken.

Es ist die höchste Zeit, doch wenigstens mit den Überrichten Schluss gemacht wird! Manche einseitige Betriebsleiter haben sie bereits beschränkt oder ganz unterstellt in der richtigen Erkenntnis, daß die Überarbeitarbeit nicht zur dauernden Erhöhung der Förderung, sondern zur stärkeren Erschlaffung der Arbeitskräfte führt. In einer Reihe von Gemeinden sind neuerdings Einschränkungen der Arbeitszeiten durchgeführt worden, mit Rücksicht auf die Ernährungsverhältnisse. Am Bergbau aber hält man meistens sogar an Überrichten fest, erzwingt sie sogar oft noch durch Androhung von Kürzungen diverser Zulagen. Wir geben aber gern zu, daß leider auch viele Arbeiter sich immer noch nach Überrichten drängen, in der irrigen Meinung, dadurch ihre Lohnverhältnisse bessern zu können. Auch das muß aufhören, wenn wir einen Zusammenbruch verhindern wollen.

Niemals ist so deutlich wie in der Kriegszeit zum Ausdruck gekommen, wie groß die Unterlassungsfähigkeit im gesetzlichen BergarbeiterSchutz sind. Es fehlt vor allem an einer gerechten Vorschrift der Arbeitstundenrichtlinie, es fehlt an einer zeitgemäßen Regelung des Lohn- und Gehingewicns, die Willkür herrscht, wo Vereinbarung kein sollte. Es fehlt an einer ständigen Betriebskontrolle durch freigewählte Arbeiterkontrolleure, die „weiße Salbe“ bei die Wunde nicht verheilen können. Das lehrt die Annahme der Betriebsunfälle. Es fehlt an einer ausreichenden Verpflichtung der Unfallinvaliden, der Witwen und Waisen, ihre Not ist ergreifend groß geworden.

Warum fehlt es an alledem? Weil große Scharen von den Bergarbeitern immer noch nicht begreifen wollen, daß sie sich selbst schützen müssen! Plantlos leben sie in den Tag hinein, bis das Unheil sie jäh erreicht. Dann klagen und jammern sie, wenn es zu spät ist. Alle die alten, auf den Lebens- und Gesundheitszustand der Bergarbeiter hinzielenden Forderungen würden längst bewilligt sein, wenn die Bergarbeiter begreifen wollten, worauf es ankommt. „Hilf dir selbst, dann hilft die Gott!“

Heraus aus dem verderblichen Schlendrian! Über 770 000 Menschen sind im deutschen Bergbau beschäftigt. Auf ihrer Arbeit nicht zuletzt beruht das Wohl des Gemeinwesens. Ihre Arbeitskraft zu erhalten, sie vor frühzeitigem Siechtum, vor Vernichtung durch den Tod im Betriebe zu schützen, das ist das Ziel der gewerkschaftlichen Organisation.

Um ungezählte Tausende verstärkt würde die Bergarbeiterorganisation auch den genügenden Einfluß auf die Faktoren ausüben können, die beruhen sind, den gesetzlichen Arbeitschutz zu beschützen. Der preußische Landtag, in seiner jetzigen Zusammensetzung hat hauptsächlich die Verhinderung eines gründlichen gesetzlichen BergarbeiterSchutzes verschuldet. Dieses arbeiterisch-dreiklassenparlament soll durch ein demokratisches Wahlrecht befeiert werden, womit auch die Bahn frei würde für eine zeitgemäße Reform der ganzen Bergarbeitergesetzgebung. Wenn es zum Aufräumen mit dem Dreiklassenlandtag kommt, dann werden sich alle Bergleute erinnern müssen, was diese Geldsackvertretung besonders an den Bergarbeitern gespendet hat. Bergarbeiter schütze dich!

Schütze dich und deine Familie vor frühzeitigem Siechtum und Tod! Siehe die auf dem Schlachtfeld der Bergarbeit schon massenhaft gefallenen Opfer, erinnere dich daran, daß du täglich mit deinem Grubenkleid dein Totenhund anziehst! Niemand hilft dir, du selbst mußt dir helfen durch die erfolgversprechende Kraft einer mächtigen Organisation. Schütze dich und deine Familie durch den Anschluß an den Bergarbeiterverband!

zugeben, daß bei der langen Dauer des Krieges und der immer schlechter werdenden Ernährungsweise ein Zurückgehen der Leistung begreiflich und verständlich sei.

Wo die Belegschaften gut organisiert sind und die Arbeiterausschüsse während des Krieges ihre Interessen voll vertraten, so daß schon im Juli der Lohn auf über 13,50 Mark stand, wird auch weiter kein Widerstand dagegen eingesetzt, den Hauerdurchschnittslohn bis Dezember auf 15 Mark steigen zu lassen. Wo aber noch viele Unorganisierte glauben, ohne Zusammenhalt, nur durch wilde Kritik und Schimpfen auf die Organisationsleitungen ihr Heil zu finden, sieht es natürlich traurig aus. So sind die Hauerdurchschnittslöhne oft im gleichen Bergrevier sehr verschieden. Während sie im Juli auf über 14 Mark standen, werden auf der anderen erst 13 Mark bezahlt. Wo Werksvereinler als Arbeiterausschüssemitglieder fungieren oder Unorganisierte durch Gleichgesinnte gewählt wurden, kann man nichts von den Verhandlungen erfahren, wenn solche überhaupt stattgefunden haben. Belegschaftsmitglieder von Heinrich Gustav teilen uns z. B. mit, daß sie von der Erhöhung des Arbeiterausschusses durch Nachfragen nur erfahren konnten, daß dort zwar das Kindergeld ab 1. August doppelt gezahlt werde und die Schichtlöhne pro Monat 25 Pf. mehr erhalten sollen, so daß ihr Lohn bis 1. Dezember um 1 Mark steigt, aber bezüglich der Hauerlöhne habe sich Herr Minister

Wellinghaus dahin ausgedrückt, nach den Zeitungsnotizen, das Schreiben des Ministers betreffend, könne er nicht gehn, dies sei Mumpitz, es werde nach Leistung bezahlt, die Kohlen ständen so, daß ein jeder verdienten könne. Wenn die Kohlen teurer würden, stiegen auch die Löhne, es braucht nicht durch die Zeitung bekannt gemacht zu werden, daß die Bergleute mehr verdienen, denn wenn es die Geschäftsleute gewahr würden, stiegen auch die Preise für Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel.

Wenn man diese Erklärung ernst nehmen wollte, dann dürfte doch auch die Kohlenpreiserhöhung nicht bekannt gemacht werden, weil die Lieferanten von Materialien durchaus veranlaßt werden könnten, ihre Preise zu steigern. Dies soll bloß der Strämer, mit dem der Bergarbeiter zu tun hat, als Ausbeuter hingestellt werden?! Die Belegschaft von Heinrich Gustav hat wirklich allen Grund, auf Einberufung einer Belegschaftsversammlung zu drängen, und Berichterstattung über die Sitzung des Arbeiterausschusses von diesem zu verlangen, um Stellung dazu zu nehmen.

Dagegen hören wir wieder, daß auf Beche Unser Fritz verordnet wurde, daß der Hauerdurchschnittslohn von 15 Mark möglichst schon im November erreicht werden solle, so daß die Arbeiter dann Weihnachten den Genuss davon hätten. Gern erkennen wir an, wenn Entgegenkommen gezeigt wird. Dies geschieht aber auch nur dann, wenn der Arbeiterausschuß offiziell für die Interessen der Belegschaftsmitglieder eintritt.

Der Hauerdurchschnittslohn stand im Juli auf den Gebieten sehr verschieden. So betrug derselbe auf Rheinhessen 14,46 Mark, auf Nordstern nur 13,11 Mark. Auf Koiferkuhl II betrug der Durchschnittslohn der Hauer und Lehrhauer im Mai 13,27 Mark, im Juli nur 13,20 Mark. Daraus ersieht man, wie notwendig einiges Zusammenhalten der Bergarbeiter ist, und wie tiefgreidend die Reden von Unorganisierten sind, der Lohn wäre auch so gestiegen, ohne Organisation. Nein, fallen würde er, wenn nicht die Verbände immer ihre Aufmerksamkeit auf die Vorgänge in der Lohnfrage richten und immer wieder die Interessen der Bergarbeiter wahrnehmen würden.

Von einigen Gebieten wird uns gemeldet, daß der unorganisierte Vertreter der Tagesarbeiter bei der Arbeiterausschüsseitzung fehlt. Nicht verständlich sind doch die Tagesarbeiter in ihrer Mehrzahl noch unorganisiert und wählen dann Leute, die es gar nicht für nötig befinden, für sie einzutreten. Das ist der Sinn der bösen Tat! Selbst ist man Egoist, will die Verbändeweitläufe wahren. Wie kann man dann erwarten, daß ein Mann, der die eigene Bevölkerung hat, Allgemeininteressen vertritt? Für die Tagesarbeiter tut es besonders not, daß sie erwachen und endlich nicht nur ernten wollen, sondern auch mit säen. Sie müssen sich merken, daß dem, der immer zu Boden blickt, die Sonne nicht ins Gesicht scheint.

Bei Beche Tiefburgia melden Belegschaftsmitglieder, daß man ihnen bis jetzt überhaupt keine Mitteilung über Lohnzugehörigkeiten gemacht habe. Wenn dies bei Erscheinen unserer Zeitung auch noch nicht geschehen sein sollte, tut ein ionster Druck auf den Arbeiterausschuss von Seiten der Belegschaft not ebenso wie auf den erden Gebieten, wo bisher die Siedlung des Ministers noch nicht zur Veratung stand und nicht beachtet wurde.

Auf Beche Vereinigte Marporethe betrug der Durchschnittslohn der Kohlenhauer im Juli, ebenso wie im Mai und Juni 12,10 Mark. Von 1. September bis 1. Januar soll den Gedingarbeitern eine Lohnzulage von 1,25 Mark gewährt werden, und der Durchschnittslohn auf 13,00 bis 13,50 Mark kommen. Auch sonst soll das eingehalten werden, was in dem Schreiben des Ministers vorgeschlagen ist.

Auch auf Ringeltaube betrug der Durchschnittslohn der Kohlenhauer 12,30 Mark im Juli. Beche de Wendel in Herringen schließt damit den Vogel ab, daß im April der Durchschnittslohn auf 12,77 Mark stand, und bis Juni auf 12,46 Mark sank. Bei all den angeführten und noch vielen anderen Gebieten stand also der Durchschnittslohn im Juli noch sehr niedrig, und bedarf es des einzigen Zusammenschlusses der Belegschaften, um es dahin zu bringen, daß bis Januar ein Hauerdurchschnittslohn von 15 Mark erreicht wird, und demgemäß Steigerung der Löhne der anderen Arbeiterklassen. Die vom Handelsminister in seinem Schreiben an die Verbände zugesagte Lohn erhöhung muß gegeben werden, es ist damit aber nicht getagt, daß die Bergarbeiter durch Verhandlungen nicht mehr herausholen dürfen.

Wo die Organisation am stärksten, wird auch bei Verhandlungen der Erfolg am besten sein. Bei nicht genügendem Entgegenkommen sind die Schiedsgerichtsinstanzen anzuwenden, und kein Weg darf unbegangen bleiben, der während des Krieges beschritten werden kann. Wohl wird man den Arbeiterausschüssen mit allerhand Redenexpellen kommen, sowie man auf Beche Zentrum erklärt, daß die Gewinnungskosten für Aktien auf 30 Mark von 10 Zetteln zu stehen kämen, während der Verkaufspreis nur 27 Mark betragen habe. Die Herren suchen den Arbeitern also begreiflich zu machen, daß sie aus lauter „Rücksichtslosigkeit“ die Geben weiter fördern lassen und Aktionen herrichten, dabei sogar noch Geld drauslegen. Sie erzählen aber nichts von den horrenden Gewinnen, welche die Produkte der Nebenanlagen bringen. Sie schweigen von den hohen Kohlenpreisen, die das neutrale Ausland bezahlen müßten.

Wer will es ihnen verdenken! Sie versuchen, die Konjunktur so gut wie nur möglich für sich auszunützen, und es gelingt ihnen auch. Ihre Klagen schallen nicht vergebens, sondern werden von den Regierungstellen erhört, da sie einmütig zusammenhalten, gleichzeitig ihre Forderungen vorbringen, bestützt durch ihre mächtige Organisation,

bringen müssen. Geschicht dies überall, sind alle Bergarbeiter eben bereit, zu ihrer Organisation in Freud und Leid zu stehen, wie das Unternehmertum, dann werden auch unsere Forderungen eher erhört und erfüllt werden.

Für die Arbeiterausschusmitglieder besteht jetzt die Pflicht, alles daranzutun, um die Bediensteten dazu zu bewegen, dass die vom Handelsminister zugesagten Lohnsteigerungen nicht erst im Dezember, sondern schon früher eintreten. Hinter den Arbeiterausschusmitgliedern müssen aber die Belegschaften stehen und zwar organisiert, ebenso wie die Arbeitgeber. Denen, die heute noch als Eigenbröder dahinleben, noch keiner Organisation angehören, nicht mitpräsentieren, aber soziale Früchte brechen wollen, gilt das Wort des holländischen Schriftstellers Multatuli: "Belget uns den Platz, wo ihr gesäßt habt!"

Arbeiterinnen und Jugendliche im Bergbau.

In den amtlichen Nachweisungen der in den Hauptbergbaubezirken Preußens verbliebenen Bergarbeiterlöhne, die jetzt bis einschließlich 2. Viertel 1918 vorliegen, wird der Anteil der einzelnen Arbeiterklassen an der Gesamtbelegschaft in Verhältniszahlen angegeben. Wenn man diese Verhältniszahlen in absolute Zahlen umrechnet, dann wären in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens je im 2. Viertel 1914, 1915, 1916, 1917 und 1918 Arbeiterinnen beschäftigt:

	2. Viertel 1914	2. Viertel 1915	2. Viertel 1916	2. Viertel 1917	2. Viertel 1918
Auflagegebiet	—	—	7680	16550	17162
Oberelschleifen	5785	7574	12512	13064	14920
Niederelschleifen	840	411	1280	1755	1908
Saargebiet	—	—	—	650	1000
Württem. Revier	—	—	247	431	431
Niederrh. Steinkohlenbergbau	—	—	220	578	567
Haller Braunkohlenbergbau	506	1267	4326	5411	5499
Würth. Braunkohlenbergbau	—	—	52	220	1016
Haller Salzbergbau	12	36	57	295	434
Mansfelder Erzbergbau	1	45	394	485	522
Oberharzer Erzbergbau	—	112	2994	8220	2478
Siegener Erzbergbau	7	217	436	524	611
Mässau-Wetzlarer Erzbergbau	250	268	464	485	481
Reichsf. Erzbergbau	25	40	74	35	76
Württh. Erzbergbau	121	138	253	302	271
Vinsch. Erzbergbau	68	68	74	101	144
Zusammen	7205	10223	31020	45620	47555

Zm 2. Viertel 1918 war danach die Zahl der Arbeiterinnen um 40350 höher, wie im zweiten Viertel 1914. Nun wurden aber im letzten Friedensjahr 1913 von den 9820 im preußischen Bergbau beschäftigten Arbeiterinnen nur 6390 gleich 70,12 Prozent vor der amtlichen Lohnstatistik erfasst. Wenn man das gleiche Verhältnis im 2. Viertel 1918 zugrunde legt, dann wären 14209 Arbeiterinnen von der amtlichen Lohnstatistik nicht erfasst, und erhöht sich damit ihre Zahl von 47555 auf 61761.

Wenn man die Zahl der jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren in gleicher Weise wie die der Arbeiterinnen nach der amtlichen Lohnstatistik ermittelt, dann ergibt sich in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens je im 2. Viertel 1914, 1915, 1916, 1917 und 1918 folgendes Bild:

	2. Viertel 1914	2. Viertel 1915	2. Viertel 1916	2. Viertel 1917	2. Viertel 1918
Auflagegebiet	15397	19057	22745	22652	19733
Oberelschleifen	7263	9257	8550	7761	7258
Niederelschleifen	993	1256	1412	1288	1184
Saargebiet	1932	2178	3290	3277	3008
Württem. Revier	520	650	850	751	720
Niederrh. Steinkohlenbergbau	580	607	905	972	933
Haller Braunkohlenbergbau	1065	1553	1827	1760	1645
Würth. Braunkohlenbergbau	640	780	801	707	753
Haller Salzbergbau	195	246	375	404	381
Mansfelder Erzbergbau	171	173	264	250	316
Oberharzer Erzbergbau	759	928	972	931	794
Siegener Erzbergbau	200	227	242	230	200
Mässau-Wetzlarer Erzbergbau	945	1012	1120	981	809
Reichsf. Erzbergbau	273	438	570	595	480
Württh. Erzbergbau	287	265	321	259	275
Vinsch. Erzbergbau	77	98	106	104	95
Zusammen	31200	39654	44524	43151	38603

Seit dem 2. Viertel 1916 ist die Zahl der jugendlichen Arbeiter danach insgesamt um 5921 zurückgegangen, war aber im 2. Viertel 1918 immer noch um 7313 höher, wie im 2. Viertel 1914. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter gestaltete sich der absolute und prozentuale Anteil der Arbeiterinnen und der jugendlichen Arbeiter in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens zusammengekommen wie folgt:

Arbeiterzahl	Arbeiterinnen insgesamt	jugendliche Arbeiter absolut in Proz.
2. Vierteljahr 1914:	767 177	7205 0,94
2. Vierteljahr 1915:	532 397	10223 1,92
2. Vierteljahr 1916:	567 794	31010 5,46
2. Vierteljahr 1917:	577 382	37563 6,51
2. Vierteljahr 1918:	593 723	40842 6,88
2. Vierteljahr 1919:	606 403	45620 7,52
2. Vierteljahr 1920:	632 002	44522 7,04
2. Vierteljahr 1921:	652 258	45550 6,98
2. Vierteljahr 1922:	645 544	45886 7,11
2. Vierteljahr 1923:	646 378	47555 7,36

Seit dem 2. Viertel 1916 hat danach in der Zahl der jugendlichen Arbeiter eine rückläufige Bewegung eingesetzt. Auch in der Zahl der Arbeiterinnen hat die starke Aufwärtsbewegung nachgelassen und zeigt im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter sogar zeitweisen Rückgang. Die Nachfrage nach jugendlichen und weiblichen Arbeitskräften war aber fortgesetzt sehr stark, so dass die rückläufige Bewegung sich nur mit den ungünstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen erklären lässt. Wäre diese wirklich so günstig, wie es von der Werksprese dargestellt wird, ließe sich diese rückläufige Bewegung nicht erklären.

Dass die Schilderungen der Werksprese über die märchenhaft hohen Arbeiterlöhne eben nur Märchen sind, beweist übrigens in hundertfacher Weise die amtliche Lohnstatistik. Die Durchschnittslöhne der einzelnen Arbeiterklassen, darunter auch die der jugendlichen Arbeiter, haben wie darauf schon in Nr. 39 der "Bergarbeiter-Zeitung" mitgeteilt. Wir lassen daher nachstehend aus den Durchschnittslöhnen der Arbeiterinnen und den aller Arbeiter in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens folgen, welcher pro Kopf und Schacht betrug (in Mark):

	Arbeiterinnen	aller Arbeiter
2. Vierteljahr 1914:	2. Vierteljahr 1915:	2. Vierteljahr 1916:
1914	4,04	4,91
1915	2,38	3,21
1916	2,58	3,70
1917	3,07	4,27
1918	3,70	4,82
1919	4,03	5,49
1920	3,49	4,48
1921	4,02	5,88
1922	3,95	4,12
1923	3,05	4,12
1924	1,46	3,98
1925	1,80	2,65
1926	1,85	2,29
1927	1,55	2,58
1928	1,67	2,57

Der Durchschnittslohn der Arbeiterinnen steht danach weit hinter dem aller Arbeiter zurück. Das Bild wird noch ungünstiger, wenn man den Durchschnittslohn der Arbeiterinnen mit dem der höher bezahlten Arbeiterklassen im Vergleich stellt. Für die einzelnen Arbeiterklassen schwankte der Durchschnittslohn und die Lohnsteigerung in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens pro Kopf und Schacht wie folgt:

	2. Viertel 1914	2. Viertel 1918	Steigerung in Prozent
Eigenische Bergarbeiter zwischen	3,69+6,19	6,72+12,99	82,1+93,3
Sonstige Bergarbeiter zwischen	3,17+4,99	5,74+8,64	73,1+81,1
Erwachs. Tagessarbeiter zwischen	3,05+4,41	4,75+9,99	88,2+126,5
Jugendliche Arbeiter zwischen	1,24+2,—	2,81+4,75	126,6+187,5
Arbeiterinnen zwischen	1,80+3,96	3,19+5,88	48,5+145,4
Alle Arbeiter zusammen zwischen	3,94+5,40	6,20+9,94	81,1+85,6

Durchschnittslohn und Lohnsteigerung halten sich somit in sehr bescheidenen Grenzen und bilden keinen Ausgleich zu der Verbesserung der Lebenshaltung. Bei Wiedergabe dieser Löhne ist noch zu berücksichtigen, dass die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter vor dem Kriege äußerst niedrig entlohnt wurden und während des Krieges vielfach Arbeit leisten, die vor dem höher bezahlten Arbeit verringert wurde. Wenn man das berücksichtigt, dann erscheinen ihre Löhne noch niedriger. Dabei war die Nachfrage nach weiblichen und jugendlichen Arbeitskräften immer sehr stark. Auch haben die Bergarbeiterverbände alles getan, um eine bessere Bezahlung zu erreichen. Aber sie fanden bei den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern selbst nicht den notwendigen Rückhalt. So kann es, dass die Durchschnittslöhne derselben so niedrig geblieben sind, dass sie teilweise kaum ausreichen dürften, auch nur den Lebensunterhalt zu bestreiten.

So rächt sich die Organisationslosigkeit. Waren die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter geschlossen organisiert, müssten sie auch ihre Leistungen entsprechend bezahlt werden. Den Bergarbeiterverbänden kann heute entgegengehalten werden, dass sich nur wenige Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter organisiert haben, die anderen aber zufrieden sind. Diese angebliche Zufriedenheit machen sich die Werksbesitzer zunutze und zeigen dementsprechende Löhne. Wo kein Kläger ist, ist es auch kein Richter. So lange sich die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter nicht der Organisation anschließen, werden die Werksbesitzer freie Hand haben und die Löhne so bemessen, wie es für sie am vorteilhaftesten ist. Alle Klagen können daran nichts ändern, sondern nur der Anschluss an die Organisation.

Bergwirtschaftliche Rundschau.

Herrlings Antwort auf die Ernährungsdenkschrift.

Auf die Denkschrift über das Ernährungsproblem, welche der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der freien Gewerkschaften am 9. September 1918 an den Reichskanzler richteten (siehe Nr. 38 der "Bergarbeiter-Zeitung"), hat dieser am 18. September geantwortet, dass er die Schwierigkeiten der Versorgung mit Lebensmitteln leicht mitspielen sieht und alles geschehen müsse, um die möglichst gleichmäigliche Verteilung weiter Kreise bedeuten, welche durch Beihilfen und Zulagen aus öffentlichen Mitteln nach Möglichkeit Rechnung getragen. Der Bäcker und Schleicherhandel würden mit allem Nachdruck belämpft. Durch Anwendung der Prostredung könnte ab 1. Oktober wieder die vorjährige Brotmenge gegeben werden. Dagegen könne dem Wunsche, die Kartoffelstation zu erhöhen, nicht entsprochen werden. Dann heißt es weiter:

"Die notwendigen Anordnungen und Maßnahmen zur Erfassung des gesamten Erntüberschusses sind getroffen. Sevor sich aber die Ernte, für deren Aussall die Witterung dieser Wochen von nachteiligem Einfluss ist, nicht genügend übersehen lädt, kann die Herausstellung einer höheren Brodmenge nicht verantwortet werden. Ernährung ist es die Ernte, nicht als 7 Pfund zu geben, und gestaltet die Transportlage des Abrollen der dadurch bedingten Mehrlärmengen, so wird nicht gejagt werden, eine Erhöhung vorzunehmen. Der Hinweis der Erntage, dass es im vergangenen Jahre vierfach möglich gewesen ist, im Schleicherhandel Kartoffeln über die öffentlich gegebenen Mengen hinaus zu erwerben, beweist nicht, dass die Ernte und die Transportlage die allgemeine

Wie hoch der Betriebsgewinn 1917/18 war, wird nicht bekannt geben! Rüdiger wie der vorjährige wird er also nicht gewesen sein. Die Umlaufen dieses Großunternehmens zeigen uns recht ausführlich, wie die Werksbesitzer sich die Reisekosten geäuft haben während der Kriegszeit. Darum darf die "Bergarbeiter-Zeitung" tröstlich sagen: "Zu wünschen ist, daß auch im neuen Geschäftsjahr ein angemessener Gewinn erzielt wird. Über wenn dieser nun anzusehen sollte, so haben die Aktiönen nichts zu bestreiten, da die Gesellschaft vorsichtig große Summen für schlechtere Zeiten zurückgestellt hat." Das stimmt.

Kriegsgewinne im Osten und Westen.

Die österreichische Königs- und Laurahütte berichtete schon vorläufig, daß sie sich während des Krieges finanziell glänzend entwickelt habe. Das gilt auch für das letzte Geschäftsjahr. Es betrugen in Mark:

Bruttogewinn	Abholerlebungen	Dividende
1917/18	15 527 816	7 186 734
1916/17	16 959 994	7 084 487
1915/16	11 324 330	6 027 121
1914/15	8 704 000	6 200 000
1913/14	9 892 000	6 500 000
1912/13	11 197 895	6 500 805

Als vor einiger Zeit Arbeiter der Königs- und Laurahütte mit ihrer Lohnförderung an das Schiedsgericht gingen, entschied dieses zwar zugunsten der Arbeiter, die Werksdirektion erkannte das Urteil aber nicht an. Die Finanzlage ist ihr also noch nicht günstig genug.

Die Deutsch-Piémontesische A.-G. gehörte zu den Unternehmungen, die sich vor dem Kriege, wie verlautete, in finanziellen Schwierigkeiten befand. Das haben die Kriegsgewinne gründlich verbessert. Das Unternehmen verrechnete:

Bruttogewinn	Abholerlebungen	Dividende
M.	M.	M.
1912/13	24 922 449	16 000 000
1914/15	17 092 579	16 500 000
1915/16	22 961 320	22 900 000
1916/17	40 420 521	25 000 000
1917/18	40 870 885	26 000 000

Man hätte auch 1913/14 und 1914/15 eine Dividende verteilen können, zog es aber vor, in den beiden Jahren 32½ Millionen Mark Betriebsüberschuss zu Abholerlebungen zu verbinden. Wieviel Abschreibungen konnten die Arbeiter machen?

Kohlenmangel in England.

Die "liberale" Zeitung "Daily News" (London), schreibt, daß schon 25 000 englische Bergleute aus den Bergwerken gefeuert werden müssen, weil die Kohlenförderung immer weniger dem eigenen und dem Bedarf der Verbündeten entspricht. Die diesjährige Kohlenförderung werde wohl ein Defizit von 30 Millionen Tonnen aufweisen. In den ersten 7 Monaten d. Js. sind nur 19,60 Millionen ausgeführt worden gegen 22,86 im gleichen Zeitraum 1917 und 21,08 in 1916. Selbst in dem Kohlenreichen England befürchtet man einen schweren Kohlemangel im Winter. — Man erachtet auch daraus, welche hohe Bedeutung die Bergarbeiter für die Kriegsführung haben. Die Behandlung der Bergarbeiter läßt davon oft gar nichts verblieben.

Aus den Unternehmerverbänden.

Die Geldquellen der "Wirtschaftskriegerlichen".

Der "Werksverein" vom 14. September 1918 bringt einen längeren Bericht über die Tagung des "Haupthaushauses nationaler Arbeiter- und Bergwerksverbände Deutschlands", die vom 8. bis 10. September in Dortmund stattgefunden hat. Einiges daraus verbreit durchaus, zur Kenntnis der wirtschaftlichen Bewegung festgehalten zu werden. Als Arbeitgebervertreter wohnte der Tagung Bergassessor Stens bei; dieser äußerte sich zur Frage der Unterstützung mit Unternehmern folgendermaßen:

"Die Unterstützungen der Arbeitgeber für ihre Wohlfahrtsanstalten sind nie geleugnet und gern gegeben worden. Sind denn die anderen Gewerkschaften so abgeneigt gewesen, Geld von den Arbeitgebern anzunehmen? Sind nicht die ersten Gründungen der christlichen Gewerkschaften im allgemeinen mit Arbeitgebergeldern unterstützt worden, und haben sie sich je gewehrt, wenn ihnen Beiträge von Arbeitgebern entzogen wurden?"

Die christlichen Gewerkschaften mögen sich zu dem Vorwurf, der da gegen sie erhoben wird, selber äußern: wir halten fest, was der Vorsitzender der Bergbauunternehmer frei heraus über die Werksvereine sagt hat, daß sie Unternehmern gelten und gar nichts dabei finden. Da mit ist der Klage die Schelle umgehängt.

Wirtschaftskriegerliche Zurückweisungen.

Um die Feststellungen des "Vorwärts" zu entkräften, daß der wirtschaftskriegerliche "Werksverein" in der Haupthälfte von Krupp unterhalten werde, bringt der "Werksverein" in Nr. 25 einen Artikel, betitelt: "Zurückweisungen", worin er "zum letzten Male" feststellt, daß die Firma Krupp weder bei der Gründung noch später auch nur einen Pfennig in das Unternehmen gestellt hat". Dazu schreibt nun der "Vorwärts" in Nr. 26 vom 7. September treffend:

"Der gelbe "Werksverein" wendet sich in seiner jüngsten Nummer gegen die in unserem Artikel "Gelber Humburg" (Nr. 22) enthaltene Bemerkung: "Der in der Haupthälfte von Krupp unterhaltene "Werksverein" . . ." — Der "Werksverein" bezeichnet diese Bemerkung als "unstellige, läufige Behauptung". Die Aussagen in dem Prozeß gegen die M.-Gladbacher "Westd. Arb.-Agt." müßten dem "Vorwärts" genügen, solche "Lügen" zu unterlassen; sonst droht der "Werksverein" auch uns mit dem Rad!

Der Prozeß in M.-Gladbach, dessen Einzelheiten uns nicht bekannt sind, war, wie wir aus dem "Werksverein" erschen, 1912. Vor uns liegt der Wortlaut eines allerding nicht für die Deutschen leicht bestimmten Briefes des Dr. Bovenschen vom der Hauptstelle des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, und darin steht dieser Satz: "Der "Werksverein" wird dabei in der Haupthälfte von Krupp ausgehalten." Der Brief trägt das Datum des 28. Februar 1913. Das ist natürlich kein "Wort", aber man sollte denseln, daß Dr. Bovenschen vom Reichsverband, der zu den Erzeugern der gelben Verbände gehört, bestellt wurde. Vor uns liegt noch ein Schriftstück, das vom 29. April 1914 datiert ist, vom "Verband der wirtschaftskriegerlichen nationalen Arbeitervereine im rheinisch-westfälischen Industrierevier" ausgeht und an die Vereine des Provinzialverbandes gerichtet ist. Es handelt sich also um diejenigen Seiden, deren Zeitung der "Verdeutlichte Werksverein" ist. In diesem Rundschreiben heißt es:

"Vom Kaiserlichen Statistischen Amt ist an die Werksvereine ein Fragebogen gerichtet worden, in dem auch gefragt wird, wieviel neben den eigenen Beiträgen der Mitglieder an Beiträgen von anderen Seiten, insbesondere von der Werksleitung, dem Verein zugesessen sind.

Wir haben bekanntlich wie ein Hehl daraus gemacht, daß wir Beiträge von Seiten des Werkes als eine Selbstverständlichkeit betrachten, die in den Verhältnissen ihre Rechtfertigung findet. Es ist aber nicht erforderlich, daß die Höhe dieser Beiträge zu Debatte gestellt wird. Wir empfehlen Ihnen deshalb, wenn Sie den Fragebogen ausfüllen, nur die Gesamtsummen Ihres Vereins anzugeben, legtgleiche Spezifikation der Einnahmen aber zu unterlassen."

Jedes weitere Wort würde die Wirkung dieses Dokuments abschwächen.

Der "Werksverein" hat an dem Kopf jeder Nummer stehen: "Der Werksverein ist Eigentum der wirtschaftskriegerlichen nationalen Arbeitgeberbewegung, zu deren Förderung auch seine Ueberhälften dienen" — Ueberhälften, bei einem Blättern, das vielleicht 80 Pf. kostet! Man betrachte sich nun die legit. Seite einer beliebigen Nummer des "Werksvereins", und man hat des Rätsels Lösung: Auf der vierten Seite steht seit Jahr und Tag in jeder Nummer ein großes Faserat von Krupp: darin werden den wirtschaftskriegerlichen Arbeitern empfohlen: Schiffsteile in den größten Abmessungen, Stahlgußturbinen, Turbinenteile aller Art, Schiffsanker, überhaupt aller Bedarf für Eisenbahn, Schiffbau, Lokomotiv- und Maschinenfabriken, Walzwaren usw. Ein ebenso großes Faserat hat in jeder Nummer das große Werk von Gebrüder Stumm, also die Firma, deren Name für alle Seiten mit der großen Scharschmiederei und Arbeiterfreudebekämpfung bleibt. Die Mannesmann-Höchwerke, das Eisen- und Stahlwerk Haniel u. Lueg in Düsseldorf, die Maschinenfabrik Schieß, die Rheinische Metallwarenfabrik, die Dortmunder Union, das Oberböhler Stahlwerk, das Stahlwerk Ohlungs, Talbot in Aachen, dann eine Anzahl Großunternehmen in Hoch- und Tiefland haben fast in jeder Nummer große Anzeigen, aber nicht, um Arbeitskräfte zu suchen, sondern um den "Werksverein" — auszuholen. Denn die Interessenten, die Walzwerkserzeugnisse, Potomaten, Schlossmaterial usw. kaufen wollen, sehen sich nicht vorher den Anzeigen des — "Werksvereins" an, sondern die Spezialpreise für diese Dinge.

Und ist vielleicht auch das keine Unterstützung des "Werksvereins" durch das Unternehmertum, wenn dies Blatt die Arbeitgeber ansetzt, ihnen zu einschlägen, wie bisher den Kampf gegen die Streikgewerkschaften aus breiter Grundlage zu führen und den "Werksverein" wie dies von selten fast aller übrigen Arbeitgeber geschaffen ist, auch fernherhin in unseren Bestrebungen beizutreten und unsere Zeitung den Arbeitern zu bringen? Sollte der Werksverein zunächst für ein Vierteljahr zugehen zu lassen?"

Wir denken, daß das gelbe Papier an diesen Zwecken genug haben wird. Da wir auch sitzen die Folge von der großen deutschen Oeffentlichkeit ernst genommen sein möchten, so können wir dem "Werksverein" den Gefallen nicht tun, seinen Hinweis auf die "Stellungnahme" des Bundesrates zu Hannover zur Streikfrage für bare Münze zu nehmen. In diesen Hinsicht glauben nicht einmal die — "Inferanten" des "Werksverein".

Internationale Rundschau.

Oesterreichische und ungarische Bergarbeiterverhältnisse.

Im österreichischen Kohlenbergbau hat man es lange mit der Peitsche der Zwangsrichthöfe unter verschärfstem Belagerungszustand ver sucht, die "Leistung pro Kopf" zu haben. Der Erfolg war stürzerlicher Erfolg. Die Reformverschläge unserer organisierten Männeraden wurden mißachtet oder gar brutal aufgedroht. Der Bergarbeiterkampf bemächtigte sich unter der Gendarmeriekraft eine große Erhöhung, die sich in wiederholten, zum Teil erheblichen, Arbeitsstillstellungen und nachmach hat. Nun wurden im März d. Js. auf Beschluss der unter militärischer Leitung tagenden Beisitzerkonferenz (ähnlich unserer Schlichtungsausschüssen) in dem Ostrau-Karviner Steinlohen- und im Brücker Braunkohlenkreis Leistungssymmetrien eingeführt. Danach sollte die Förderung pro Arbeiter und Tag in 2. Halbjahr 1917 und 1. Viertel 1918 ermittelt werden (ausführlich Vorrichtungsarbeiten); in der Folgezeit sollte dann die Mehrleistung mit 100prozentigem Aufschlag zum Lohn prämiert werden. Wie der bisherige Verlauf der Förderung zeigt, hat auch die Leistungssymmetrie den Förderungszustand nicht aushalten können. In dem Ostrau-Karviner Revier betrug die Montagförderung im Herbst 1917 noch 8,6 Millionen Meterzentner, im April 1918 nur 8,2, und im Juli noch 7,7. Im Brücker Revier betrug die Tagesförderung um 0,5 Millionen Meterzentner hinter der Karawanksförderung zurückgeblieben. Es zeigt sich so, daß die Bergarbeiter infolge ihrer körperlichen Schwäche durch solche Erhöhung nicht mehr leisten können, wenn man ihnen auch eine noch so hohe Leistungssymmetrie gibt. Weder mit der Peitsche der Gewaltmaßregeln, noch mit dem Ausdruck der Gewaltmaßregeln ist die Bergarbeiterkampf, nach wie vor eine Mehrleistung herauszuholen. Nun rücken sich an der Bergarbeiterseite die schwer unter Kohlemangel leidenden Sünden des Bergarbeiter.

Unser ungarischer Bruderhund, der, wie wir bereits berichteten, am 21 bis 23. September seine erste Generalversammlung abhielt (seine Handlungsbericht liegt uns zurzeit noch nicht vor), hat im ersten Halbjahr seines Bestehens vereinbart 187 223,2 Kronen, darunter 20 691,70 Kronen an Rentenversicherung. Die Angaben betragen 41 019,20 Kronen, so daß ein Staatsbestand von 146 210,20 Kronen vorliegt. Das Fachorgan erinnert in einem Bergungsartikel zur ersten Generalversammlung daran, daß die Anfänge der gewerkschaftlichen Organisation unter ungarnischen Bergleuten schon 15 Jahre zurückliegen. Der schwache Berg wurde aber bald durch Gendarmerie und kapitalistischen Terrorismus unterdrückt. 15 Jahre länderten unsere Männeraden, bevor sie die behördliche Anerkennung ihres Verbandsvertrags erhielten. Vor 15 Jahren, am 26. und 27. Dezember 1903, fand mit 25 Delegierten der erste ungarische Bergarbeiterkongress statt. Er hatte keinen nachhaltigen Erfolg. Mag dem neuen Zusammenklang eine dauernde, erfolgreiche Tätigkeit für die ungarische Bergarbeiterkampf beiderseitig sein.

Anknappshaftliches.

Eingabe um Erhöhung des Krankengelbes.

Unser Verband und der christliche Gewerbeverein haben am 19. September 1918 eine Eingabe um Erhöhung des Krankengelbes für die Bergarbeiter im Königreich Sachsen an das Königliche Bergamt in Freiberg gerichtet und um eine diesbezügliche Zusprache erlaubt. Ta die sächsischen Bergarbeiter in dieser Beziehung ungünstiger gehandelt sind, wie die in anderen Bergwerken, z. B. im Ruhrgebiet, nach erwartet werden, daß das gewünschte Entgegenkommen gezeigt wird.

Die Allgemeine Knappshaft-Pensionskasse für das Königreich Sachsen.

Hält ihre diesjährige Generalversammlung am 12. Oktober in Chemnitz ab. Dem aus diesem Anlaß herausgegebenen Geschäftsbuch des Vorstandes auf das Jahr 1917 entnehmen wir folgendes: Aktive Mitglieder waren am Jahresanfang 25 000 und am Jahresende 31 000 vorhanden. Die zurzeit bei dem Kreis befindlichen Mitgliedern sind in diesen Zahlen nicht mit enthalten. Von den am Jahresende vorhandenen 31 000 aktiven Mitgliedern waren 20 534 zugleich bei der Knappshaftlichen und reichsgesetzlichen Kassenabteilung verhältnis, 1075 nur bei der knapphaftlichen Abteilung, darunter 983 Jugendliche unter 16 Jahren und 33 nur bei der reichsgesetzlichen Abteilung. Die Zahl der ehemaligen Knappmitglieder, die ihre Anwartschaft durch Zahlung der Anwartschaftsgebühr aufrechterhalten, betrug am Jahresanfang 571, am Jahresende 485, also weniger 76.

In der Mitgliederbewegung war auch im Berichtsjahr wieder der Zugang im Vergleich zum Vorjahr größer, der Abgang aber weitaus geringer. Der gesamte Zugang betrug 17 612 gegen 15 023 im Vorjahr, der gesamte Abgang 10 730 gegen 13 038 im Vorjahr.

Die Gesamtmitgliederzahl der knapphaftlichen Kassenabteilung betrug am Jahresende 1917 20 534, die der reichsgesetzlichen Kassenabteilung 10 730. Die Abbindung an Wittenberg betrug 17 288 — Mark, Bergzulagen 60 557,79 Mark, und Beitragserhebung 70 301,20 Mark.

Außerdem wurden an Pensionsempfänger außerordentlicher Knappshaftvereine auf Grund der Gegenseitigkeitsverträge gezahlt Invalidenpensionen 2031,20 Mark, Witwenpensionen 3857,29 Mark, zusammen 5919,29 Mark.

Die Gesamtleistungen der Kasse betragen im Berichtsjahr 3 550 566,57 Mark gegen 3 412 250,20 Mark im Vorjahr. Die Beitragsentnahmen und Zulassungsgebühren betragen in der knapphaftlichen Kassenabteilung 3 291 262,39 Mark (im Jahre 1916: 1 790 835,95 Mark), und 1917: 1 909 726,31 Mark, in der reichsgesetzlichen Kassenabteilung 672 338,38 Mark (im Vorjahr 491 521,72 Mark).

Das Gesamtwertgegenstand der knapphaftlichen Kassenabteilung betrug am Schluss des Berichtsjahrs 24 543 093,69 Mark, die Zulassung in dieser Kassenabteilung betrug 24 438 311,96 Mark gegen 21 117 468,99 Mark im Vorjahr; in der reichsgesetzlichen Kassenabteilung 4 860 532,26 Mark. Somit verfügte die Sächsische Knapphaft-Pensionskasse in beiden Kassenabteilungen über ein Gesamtwertgegenstand von 29 404 625,95 Mark.

der planmäßig übertraten, waren wie folgt: auch hier bezeichneten die eingelaufenen Zahlen die zur Allgem. R.-V.-A. Übergetretenen 1913: 432 (202), 1914: 119 (172), 1915: 127 (229), 1916: 117 (168), 1917: 139 (124). Die Zahl der Invaliden und Krankenträger ist von 1908 am Anfang auf 6162 am Schlusse des Berichtsjahrs, also um 26, gefallen. Außerdem gab es am Jahresende 223 gegen 216 Invaliden mit Bezügen nur auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung, das sind solche Invalidenträger, deren halbe Unfallrente höher ist, als die ganze Unfallrente. Übergetreten waren am Jahresanfang 70, am Jahresende 125, also mehr 55. Am Jahresende wurden 2145 Invaliden, deren Gesamteinommen per Quartal 165 Mark nicht übersteigt. Der bevorstehenden Generalversammlung liegt ein Antrag vor, diese Einsparungsgrenze auf 200 Mark zu erhöhen. Da im Laufe des Berichtsjahrs 363 solcher Invaliden durch Tod oder aus anderen Gründen abgingen, so erhielten am Jahresende noch 2361 Invaliden diese Zulage.

Die Zahl der Witwen ist von 6628 am Jahresende des Berichtsjahrs, also um 26, gesunken. Außerdem gab es am Jahresende 1196 Invaliden, deren Gesamteinommen per Quartal 165 Mark nicht übersteigt. Der bevorstehenden Generalversammlung liegt ein Antrag vor, diese Einsparungsgrenze auf 200 Mark zu erhöhen. Da im Laufe des Berichtsjahrs 363 solcher Invaliden durch Tod oder aus anderen Gründen abgingen, so erhielten am Jahresende noch 2361 Invaliden diese Zulage.

Witwen waren am Jahresende 1908, am Jahresende 1917: 1145 Mark, also mehr 567, vorhanden. Außerdem gab es am Jahresende 1917: 121 Witwen, also mehr 12, mit Bezügen nur auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung.

In den angegebenen Gesamtbeträgen der Invaliden und Witwen sind auch diejenigen mit einzählen, zu denen Renten ausgesetzt sind. Die Bergarbeiterkampfvereine auf Grund der Gegenseitigkeitsverträge Teilaufzahlungen le

aber alle Zugeständnisse sind verloren, wo Macht und Fähigkeiten fehlen, kann Gelung zu verschaffen.

Möllerhütte und Zweckel. Neben schlechte Entlohnung und Behandlung in einzelnen Reihen der beiden staatlichen Schachtanlagen wird in letzter Zeit viel gesagt. Auf den Möllerhütten, besonders in Neuer I. Einer Kameradschaft, welche im August nur 12,43 Mark verdient hatte und sich dieserhalb bei Steiger Buschmann beschwert, wurde von diesem geantwortet, sie hätten nun einige seit Monate gehabt und müssten folgesehen nun auch mit einigen mageren zufrieden sein. Dieserorts besteht auch das sogenannte Scheingelding, und sind die Arbeiter auf den Weisstiften des Steigers angewiesen. Holz und sonstige Materialien werden nicht genügend angeliefert, und ist es dann kein Wunder, wenn auf das bestehende Gedinge nichts verdient wird und die Arbeiter mit Löhnen nach Hause geschickt werden, welche nicht ausreichend sind. Als am 21. September bei der Aussicht der Militärschicht aus Unstah einer Karambolage der Fahrsteiger Ehler die Arbeiter als Schafskopfe titulierte, und darüber laut montiert wurde, ließen sich einige Steiger die Hände ab, um die Räder festzustellen. Dieselben Magen werden von der Schachtanlage Zweckel laut, besonders über den Steiger Schormann, welcher die Arbeiter als Haufensteine titulierte und dieselben wegen nicht genügender Leistung bestraf, aber nicht genügend Holz und sonstige Materialien liefert, damit die Arbeiter ihren Arbeiten nachkommen können. Um Bestrafen der Leute scheint sie besonders der neue Fahrsteiger Schulz hervortun zu wollen, welcher bei dem kleinen Vergehen mit Bestrafung bei der Hand ist. Allzu schwarz macht schätzlich, dass sollte man doch bedenken.

Beide Westerholt. Dem Steiger in Neuer I ist von den Zugeständnissen des Handelsministers noch nichts bekannt. Es ist dringend notwendig, dass er davon unterrichtet wird, damit nicht länger Hauerlöhne von 8,50-8,60 Mark usw. verdient werden. Zu einem geordneten Betriebe dürfen solche Löhne gar nicht vorkommen.

Saargebiet und Reichslande.

Grube Dethen. In Abteilung 3, 5, Sohle vor hier eine Kameradschaft mit Aussichten der Stroh sollte 7,50 Mark für das Geständnis erhalten, für die Ausbildung der Stroh sollten 7,50 Mark, für das Geständnis 4,50 Mark pro Peter bezahlt werden. Als die Kameradschaft auf dieses Gedinge 10 Mark verdient hatte, verrechnete der Obersteiger Groß für die Hälfte der geleisteten Arbeit 7,50 Mark, für die andere Hälfte nur 4,50 Mark, so dass ein Lohn von 7,85 Mark pro Schicht herauskommt. Das ist doch eine Willkür schlimmster Art. Es liegt im offensichtlichen Interesse, dass dem Obersteiger Groß die Willkür so schnell und so gründlich wie möglich gezeigt wird.

Grube Dubweiler. In den Abteilungen 8, 9 und 10 haben hier die Hauer in den Streben in den letzten Monaten unauskömmliche Löhne verdient, weil der Fahrsteiger Graus die Gedinge nicht so regelt, wie es notwendig und zweckdienlich ist. Allen Beschwerden der Arbeiter über die zu niedrigen Gedinge begegnet er mit dem Einwand: „Es muss mehr geleistet werden, dann wird auch mehr verdient.“ Dieser Einwand ist nicht neu, aber sehr gefälscht. Ein Beamter, der ihn als Altheitmittel ständig gebraucht, ist seiner Aufgabe nicht gewachsen. Es herrscht denn auch gegen diesen Beamten eine große Misszimmung, die nur geeignet ist, Arbeitsunlust herzurufen und die Leistung zu beeinträchtigen. Nicht nur das Interesse der Arbeiter, sondern auch das des Staates erfordert, dass hier eine Änderung eintritt.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Geschnatter der Unorganisierten.

Auf dem Wege von und zu der Grube und bei allen sonstigen Gelegenheiten hört man bei den Unorganisierten das gleiche Geschnatter: „Die Verbände machen nichts, jetzt wäre die richtige Zeit, etwas zu machen, aber die Führer sind zu waschlappig, und darum hat alles keinen Zweck.“ Wenn sie auf die erzielten Erfolge und Fortschritte hingewiesen werden, dann erklären sie, das sei „alles von selbst gekommen“. Einmal wird auf die Verbände und Führer geschimpft, weil nichts gemacht und jetzt die richtige Zeit, um etwas zu machen, verjüngt wird. Die unverkennbaren Erfolge und Fortschritte aber sollen „von selbst gekommen“ sein. Ein richtiges Geschnatter.

Wie sich im Kopfe eines Unorganisierten die Welt dreht, zeigen Verlaubungen des Förderausschusses Friedrich Rödiger von Seche Friederika in Bochum. Derselbe fügte am 3. September zu Verbandskameraden:

„Ich habe mich schon mehrere Male mit dem Betriebsführer gehegt, wegen Zulage, aber es half alles nichts. Der Arbeiterausschuss sorgt auch nicht für die Schichtlöhner, ebenso wenig die Verbände. Diese sorgen nur für die Hauer, aber nicht für die Schichtlöhner. Es bleibt somit nichts anderes übrig, als dass sich die Schichtlöhner eine Liste anfertigen, sämtlich unterstreichen und an die Direktion einschicken.“

Abgesehen davon, dass das alles sehr einfältig ist, entspricht es auch nicht den Tatsachen, dass Arbeiterausschuss und Verbände nicht für die Schichtlöhner sorgen. Der Arbeiterausschuss hat sich bei den verschiedenen Verhandlungen mit der Direktion und am Schlichtungsausschuss für die ganze Belegschaft, also für alle Arbeiter, mithin auch für die Schichtlöhner, eingesetzt. Ebenso haben die Verbände immer Forderungen für alle Arbeiter, mithin auch für die Schichtlöhner, gestellt. Wenn für die Schichtlöhner nicht mehr herausgeholt werden könnte, dann liegt das nur daran, dass zu viele ihre Organisationspflicht nicht erfüllten. Sich selber und seine unorganisierten Kumpels soll Rödiger daher anstreben, statt völlig unberechtigt auf andere Steine zu werfen.

Das Lohnzulagen nicht von selbst kommen, ist auch Rödiger zum Beweis herangebracht worden; er hat sich „noch mehrere Male mit dem Betriebsführer gehegt, wegen Zulage, aber es half alles nichts“. Und weil alles nichts half, soll eine von allen Schichtlöhner unterschriebene Liste helfen. Als ob eine solche Liste nicht auch unbefriedigend und unberechtigt zu den Alten gelegt werden könnte! Was dann? Darüber ist sich Rödiger noch nicht klar geworden, sonst hätte er den Weg zur Organisation gefunden.

Uns wundert nur, dass ein Mann, der so einfältig denkt und redet, Förderausschuss und nebenbei Landesleiter sein kann. Dazu scheint also möglicherweise viel zu geboten. Aber die Unorganisierten sind sich darin alle gleich. Sie erschöpfen sich in gebunden- und nutzlosen Redensätzen, und verbündigen andere unberechtigt, statt bei sich selber Einsicht zu halten. Gewusst oder unbewusst besorgen sie durch ihr Geschnatter und verzerrtes Denken die Schäden der Kameraden.

Wenn Rödiger gewissenhaft sein wollte, durfte er ja nicht reden, ohne sich vorher genau über alles zu unterrichten. Das war sehr leicht, da die Tätigkeit der Bergarbeiterverbände sich zum größten Teil öffentlich abspielte. Alle Lohn- und sonstigen Forderungen sind öffentlich bekannt geworden, ebenso die Erfolge und Zugeständnisse. Jeder hat also die Möglichkeit, sich über alles genau zu unterrichten. Wer trotzdem das Blaue hinein verbündigt, wie es Rödiger getan hat, der handelt leichtfertig und gemeinhädisch. Solchen Leuten muss sowieso als möglich das Handwerk gelegt werden.

Das leichtfertige, von keiner Sachverständis getriebene Geschnatter der Unorganisierten hat den Bergarbeitern schon ganz ungebührlich geschadet. Verbünden werden sie weiter schaden, je weit es ungehobt möglich ist, d. h. je weit es die organisierten Bergarbeiter lassen. Diese müssen dafür sorgen, dass die Unorganisierten verschwinden, dann wird das törichte Geschnatter von selbst aufhören und eine Besserstellung der Bergarbeiter eintritt.

Was ist ein gründliches Kompetenz?

Durchaus in dem Sinne, wie die Gewerkschaftsvertreter in Konferenzen mit Vertretern der Reichsregierung zu dieser Angelegenheit Stellung genommen haben, hat sich das Selbstverstände Generalkommando des 11. Armeekorps (Kassel) über die Behandlung der „Kompetenz“ in einem Erlass dahin ausgesprochen:

„Es muss vernommen werden, dass man die kleinen Dinge hängt und die großen lassen lässt. Es soll nicht keine angezeigt werden, die von Verbündeten und Bekannten sich unbedeutende Mengen von Schwarzem zu holen, während Ausländer mit Körben voll Butter und Butter ungehindert davonkommen. — Da, wo es sich um gewerbsmäßigen Wucher handelt, greift man ja, aber die, die Zeit und Geld darum seien, um etwas auf den Mittelpunkt zu bekommen, aber etwas zur Hebung des gesunkenen Gesundheitszustandes der Familie zu tun, die losse man ungeahnt. Zum Spaz werden solche Fahrten sicher nicht unternehmen.“

Das ist vollkommen aufrichtig. Trotz ungzähliger Verordnungen mit schwerer Strafandrohung können die Behörden den Schwarzhandel nicht anstrengen. Er nimmt zu. Landwirte und Zwischenhändler umfangreiche Mengen Nahrungsmittel zurück, um sie zu Preisen, im Schwarzhandel zu verkaufen. Die Industriebezirkseinwohner müssen darum unter der Hand Lebensmittel „kombinieren“, sonst verbünden sie. Man soll also diese „Kompetenz“ aus Rot röhlig ihre kleinen Nahrungs-

mittelmengen einholen lassen, sonst werden sie in Kleinmengen verschoben, und nur an die wirklichen Hothamster. Schriftstellers aber sollte die Behörde kontrollieren, ob die Lebensmittelverkäufer solche Preise fordern, die als Wucherpreise zu charakterisieren sind. Hierin wird unfehlbar an den Kermsten gesündigt.

Dahlhauser Viebau vor dem Schlichtungsausschuss.

Am 12. August wurde in einer Arbeiterausschusssitzung der Zechen Dahlhauser Viebau die Lohnfrage besprochen. In einer danach stattgefundenen Belegschaftsversammlung wurden die gemachten Zugeständnisse aber für unzureichend erklärt und der Ausschuss beauftragt, nochmals mit der Grubendirektion zu verhandeln. Das geschah am 23. August. Weil aber auch die hierbei gemachten Zugeständnisse nicht befriedigten, wurde der Ausschuss beauftragt, den Schlichtungsausschuss in Bochum anzuregen. Die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss in Bochum endete am 13. September statt und kam schließlich zu folgender Vereinbarung:

„In der Verhandlung wird festgestellt, dass die Verdoppelung des Mindestlohns inzwischen eingetreten ist. Es wird ferner von Herrn Direktor Winkler darauf aufmerksam gemacht, dass die Zechen bereits im Juli eine gewisse Erhöhung der Schichtlöhne habe eingetragen lassen, und dass im Juli der Hauerdurchschnittslohn 13,06 Mark betragen habe. Die mit dem Handelsminister vereinbarte durchschnittliche monatliche Zulage wird entsprechend der Steigerung nach dem Durchschnitt von 1917 und dem 1. Quartal 1918 bis zum Schluss dieses Jahres für die Zechen Dahlhauser Viebau etwa 1,25 Mark ausmachen. Es würde daher bis Ende dieses Jahres auf Grund der Werts des Hauerdurchschnittslohnes von 13,06 Mark im Juli ein Durchschnittslohn von 14,31 Mark erreicht sein.“

Die Erhöhung der Schichtlöhne würde nach diesen Abmachungen bis Schluss des Jahres 1 Mark betragen. Die Steigerungen sollen dann so vorgenommen werden, dass bereits im September 20 bis 40 Pf. zugelegt sind. Dasselbe soll im Oktober geschehen, der Rest dann für den November und Dezember. Voraussetzung hierfür ist, dass diese Ausgaben nicht unnatürlich zurückgehen und besondere Betriebsförderungen und Streiks nicht eintreten.

Nach längerer Verhandlung wird eine Einigung dadurch erzielt, dass Herr Direktor Winkler zusagt, diese Lohnsteigerungen bereits bis zum Ende November durchzuführen.

Der Arbeiterausschuss wird diese Einigung der Belegschaft gegenüber vertreten.“

Zechen de Wendel vor dem Schlichtungsausschuss.

Vor dem Schlichtungsausschuss in Gotha wurde am 12. September über die Lohnverhältnisse auf Zechen de Wendel verhandelt. Der Vertreter des Arbeiterausschusses erklärte, die Löhne auf der Zechen de Wendel seien in den Monaten Mai und Juni erheblich zurückgegangen und bedürfen deshalb einer Aufbesserung, wie in der Eingabe vom 22. August d. J. angegeben.

Der Vertreter der Zechen, Herr Oberingenieur Blok, berief sich auf die schriftlichen Ausführungen vom 7. September d. J. Er machte vor allen Dingen geltend, dass die Leistungen in den oben angegebenen Monaten um ein beträchtliches zurückgegangen seien. Während im Monat November 1917 eine Durchschnittsleistung von 3,27 Wagen erzielt sei, sei im August d. J. die Durchschnittsleistung auf 2,87 Wagen heruntergegangen. Trotzdem seien für den Monat August besondere Aufbesserungen vorgenommen, so dass nach überschlägiger Ermittlung ein Durchschnittslohn von 13,50 Mark, einschließlich des einsachen Kindergeldes, herauskommen werde.

Die Verwaltung der Zechen de Wendel habe sich die vom Herrn Handelsminister gemachten Zusagen zu eigen gemacht. Hiernach wird der Hauerlohn bis Ende d. J. den Betrag von 15 Mark erreichen, wenn die Leistung des ersten Vierteljahres 1918 wieder erreicht wird. Bezüglich der Schichtlöhne werde die Verwaltung bemüht bleiben, weiter ausgleichend bei den einzelnen Arbeitergruppen zu wirken, so dass auch hierin das Übereinkommen mit dem Herrn Handelsminister voll und ganz erreicht werde.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Eingabe um bessere Versorgung im Nachener Bezirk.

Unter Verband und der christlichen Gewerbeverein richteten am 22. September 1918 folgende Eingabe um bessere Versorgung mit Lebensmitteln an die Königliche Regierung in Aachen:

„Die absolut ungenügende Lebensmittelversorgung im Nachener Steinohlenrevier erhebt dringend Abhilfe, da die Bergarbeiter nicht mehr die fürvölkerliche Kraft besitzen, die unbedingt notwendige Leistung in der Kohlenförderung beizubringen, wenn nicht eine bessere Lebensmittelversorgung der Bevölkerung eintrete. Die Leute sind gerne bereit, zu entbehren, was nicht geliefert werden kann. Durch die Tatsache, dass die Versorgung mit Lebensmitteln im hiesigen Kohlenrevier weit ungünstiger war, als in anderen Industriebezirken, ist die vorvölkische Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter derart zurückgegangen, dass die Bergarbeiter sich allgemein zur weiteren Beibehaltung der bisherigen Nacharbeit außer Kraft fühlen. Nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz der Bergarbeiter fühlt sich zur Nacharbeit noch in stande. Die unterzeichneten Bergarbeiterorganisationen haben wiederholt bei allen in Betracht kommenden Organen mündlich und schriftlich auf den Ernst der Verhältnisse aufmerksam gemacht. Die biegnigen Bergarbeiter sind jetzt derart unterernährt, dass das regelmäßige Verfahren der Normalzuschichten in Frage gestellt ist, wenn nicht bald Abhilfe erfolgt.“

Um die Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter zu sichern, wäre außer den Zulagen für Schwer- bzw. Schwerverarbeiter an Lebensmitteln für die Gesamtbevölkerung notwendig:

1. Eine Wochenlobmenge von 4 Pfund gutem Brot.

2. 10 Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche und ½ Pfund Nährmittel oder Leigwaren.

Da Kartoffeln den Nährwert des Fleisches nicht ersetzen können, müssten für die fleischlosen Wochen einweihhaltige Nahrungsmittel (Gülensfrüchte, Mehl oder Leigwaren) geliefert werden.

Die Lieferung der Kartoffeln zur Selbstkellerei er scheint dringend notwendig, aber auch vorteilhafter wie Einführung durch die Gemeinde, weil im letzteren Falle der Verlust erheblich größer ist.

Wenn die Bergarbeiter die Überzeugung haben, dass in der Lebensmittelversorgung das Mögliche geschieht, werden sie ihre äußerste Kraft in dieser kritischen Zeit ausspielen, um die Kohlenförderung möglichst hoch zu halten. Dies ist aber nur möglich, wenn die Arbeiterschaft seitens der Behörde nicht durch ungenügende Versorgung mit Lebensmitteln im Stiche gelassen wird.

Wir fühlen uns verpflichtet, auf den Ernst dieser Verhältnisse aufmerksam zu machen.“

Saargebiet und Reichslande.

Seltsame Zimmung des Hanabundes.

Weil der Hanabund davon durchdrungen ist, dass Industrie, Gewerbe und Handel, alle Differenzen zurückstellend, einmütig den Kampf gegen die von starker Macht unterstützte staatssozialistische Hochstift, d. R. bedarf es aber auch erheblicher Agitation, großer Mittel und des Beitrags aller mit diesem Endziel einverstanden Betriebe zum Hanabund. Wir bitten Sie daher, die beispielhafte Anmeldung mit Ihrer Unterschrift versehen und Ihren Jahresbeitrag frei bezeichnen zu wollen, jedoch nicht unter Null. Jeder kleine Beitrag dient dem Erfolge. Gleichzeitig bitten wir Sie, dem Hanabund und zwar vorläufig für drei Jahre — einen nicht zu klein bemessenen Jahresbeitrag für den Organisationskampf gegen die staatssozialistische Richtung auszuladen und den ersten Beitrag für den Hanabund bei der Bank für Handel und Industrie, Berlin W. 56, Schinkelplatz 1/4, mit dem Vermerk „Separatliste Staatssozialismus“ einzuzahlen und zwar auch dann, wenn Sie aus irgend einem Grunde wider Erwarten unserer Beitragsaufrufung nicht entsprechen sollten.“

„Bei diesem Zweck (Belästigung der staatssozialistischen Hochstift, d. R.) bedarf es aber auch erheblicher Agitation, großer Mittel und des Beitrags aller mit diesem Endziel einverstanden Betriebe zum Hanabund. Wir bitten Sie daher, die beispielhafte Anmeldung mit Ihrer Unterschrift versehen und Ihren Jahresbeitrag frei bezeichnen zu wollen, jedoch nicht unter Null. Jeder kleine Beitrag dient dem Erfolge. Gleichzeitig bitten wir Sie, dem Hanabund und zwar vorläufig für drei Jahre — einen nicht zu klein bemessenen Jahresbeitrag für den Organisationskampf gegen die staatssozialistische Richtung auszuladen und den ersten Beitrag für den Hanabund bei der Bank für Handel und Industrie, Berlin W. 56, Schinkelplatz 1/4, mit dem Vermerk „Separatliste Staatssozialismus“ einzuzahlen und zwar auch dann, wenn Sie aus irgend einem Grunde wider Erwarten unserer Beitragsaufrufung nicht entsprechen sollten.“

„Das ist wirklich eine seltsame Zimmung. Bergarbeiter sollen sich damals dem Hanabund anschließen und die großen Mittel zur Bekämpfung der staatssozialistischen Hochstift aufzutragen helfen, d. h. die Geschäfte der Kriegsgewinner, Schieber, Schlechthändler und Wucherer besorgen. Der Hanabund zählt offenbarlich die Bergarbeiter auch zu den Kriegsgewinnern. Wir müssen ihm daher empfehlen, sich die amt-

liche Lohnstatistik näher anzusehen. Daraus ergibt sich, dass die Bergarbeiter keine Verantwaltung haben, die Geschäfte ihrer Ausbeuter auch noch in der vom Hanabund gewünschten Weise zu besorgen.“

Süddeutschland.

Gegen den Willen der Werkbesitzer vermochten die organisierten Bergarbeiter im oberhessischen Bergwerksbezirk im vorigen Jahre Mindestlöhne für Gedingerbeiter mit Hilfe des Kriegsamtes durchzusetzen. Alle möglichen und unmöglichen Gründe wurden von den Betreibern der Werkbesitzer im Feld geführt, um die Mindestlöhne zu verhindern. Es wurde behauptet, die Leistungen gingen um mindestens 40 Prozent zurück, falls Mindestlöhne eingeführt würden. Mindestlöhne führen einer Prämie auf Faulheit gleich, und anderes mehr. Kein Mittel wurde untersucht gelassen, den Behörden (Oberbergamt und Kriegsamt) dazutun, dass es ein großer Fehler sei, wenn Mindestlöhne im Bergbau zur Einführung kämen.

Gelang es den Werkbesitzern damals auch nicht, die Einführung von Mindestlöhnen zu hinterziehen, so gaben sie den Kampf deshalb noch nicht auf. Bei den neuerlich am Kriegsministerium (Kriegsamt) in München geöffneten Lohnverhandlungen versuchten die Werkbesitzer unter Führung der staatlichen Grube Peñberg, den Mindestlöhnen den Hals zu brechen. Die staatliche Werkverwaltung will erneut haben, dass 8 Prozent der Belegschaft in Peñberg gleich und anderes mehr. Kein Mittel wurde untersucht gelassen, den Behörden (Oberbergamt und Kriegsamt) dazutun, dass es ein großer Fehler sei, wenn Mindestlöhne im Bergbau zur Einführung kämen.

Was nicht auf geraten Wegen erreicht werden kann, muss auf ehrlichen Wegen versucht werden. Die Werkbesitzer geben den Kampf gegen den Mindestlohn auch jetzt noch nicht auf. Der Beweis, dass Mindestlöhne die Produktion fördern, muss erbracht werden, kostet es, was es will. Von Peñberg wird in einer Zuschrift über Mangel an leeren Kunden (Wagen) Klage geführt; so wird berichtet, dass im Bild 3 Osten, beim Steiger Schmid, former in Bild 3, 12 und 16, beim Steiger Johann Weiß, und im Bild 3 und 12, beim Steiger Karl Weiß, zu wenig leere Wagen geliefert werden. Es könnten dort weit mehr Kunden geliefert werden, wenn die Betriebsleitung für genügend leere Kunden Sorge tragen würde. Ferner hat der Direktor der Grube Peñberg angeordnet, dass das Bohren mit den Luftbohrhammern einzustellen sei. Durch diese Anordnung muss nunmehr wieder zu dem alten System der Handbohrmaschine zurückgegriffen werden, was einen Rückgang der Arbeitsergebnisse herbeiführt und zudem einen starken Förderausfall mit sich bringt.

Die Peñberger Arbeiter bedanken sich höflich für die Anordnungen und Unterlassungen der Werkleitung verantwortlich gemacht zu werden, und machen an dieser Stelle nicht allein das Kriegsamt, sondern auch die Allgemeinheit auf diese Vorlesungen aufmerksam.